

## **Manifest der JUSO Kanton Bern gegen Abbaumassnahmen**

Das Ziel der bürgerlichen Politik ist seit langem ein grossflächiger Abbau von Staatsleistungen. Unter dem Vorwand der Kosteneffizienz werden staatliche Aufgaben gewinnbringend umgebaut oder an Private ausgelagert. Wo das nicht möglich ist, wird radikal abgebaut. Diese Abbaupakete bedeuten eine radikale Zerstörung des Service Public, weshalb wir von Zerstörungspolitik sprechen. Der Bevölkerung wird eingeredet, dass die Staatsfinanzen ohne Kürzungen kurz vor dem Kollaps stünden. Uns wird weisgemacht, dass wir alle „solidarisch“ verzichten müssen, anstatt das Geld bei den Besitzenden zu holen. Doch finanzielle Schwierigkeiten sind kein Zufall, sondern das Ergebnis einer verfehlten Steuerpolitik. Steuersenkungen und sogenannte „Sparrunden“ stellen eine Abwärtsspirale dar, in welcher der Sozialstaat willentlich ausgehöhlt wird.

Langfristig führt diese Austeritätspolitik zum Verlust von hart erkämpften sozialen Errungenschaften. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Am stärksten betroffen vom Zerstörungswahn der Bürgerlichen sind die Bereiche, die keine einflussreiche Lobby besitzen: Bildung, Sozialwerke und der Gesundheitssektor.

Für uns ist die Emanzipation der Menschen abseits von wirtschaftlichen Zwängen ein erklärtes Ziel. Bedürfnisse und Lebensqualität müssen vor wirtschaftlichen Interessen stehen – dafür ist ein starker, ausgebauter Staat – zumindest vorerst – unerlässlich. Wir wollen nicht nur die von den Bürgerlichen vorgelegten Kürzungen abwehren, sondern uns auch aktiv für Verbesserungen einsetzen.

### **Bildung**

Unabhängige Bildung ist eines der wichtigsten Güter für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Dabei muss sich diese nach den Bedürfnissen der Menschen richten und unterschiedliche starke Schüler\*innen entsprechend fördern. In der bürgerlichen Ideologie hat Bildung nur insofern einen Wert, als sie dem Markt dient und nach dessen Logik funktioniert. Infolgedessen wird der Zugang zu Bildungsangeboten zwingend ungleich gewährt, da der Markt beschränkte Angebote an bestimmten Ausbildungsprofilen erfordert. Unter dem bürgerlichen Abbau wird die Bildung vermehrt vom Recht zum Produkt. Qualitativ gute Bildung wird den Menschen vorbehalten, die in der Lage sind, dafür zu bezahlen. In den vergangenen Jahren wurde im Kanton Bern massiv in der Bildung abgebaut und es ist absehbar, dass dies so weitergehen wird.

Man rechnet damit, dass die Klassen weiter vergrössert werden. Die Belastung der Lehrer\*innen steigt dadurch und die individuelle Förderung der Schüler\*innen leidet darunter. Zudem werden weitere Schulhausschliessungen erwartet. Damit Musikschulen ihr Angebot aufrechterhalten können, muss mit einer Erhöhung der Schulgelder gerechnet werden. Viele Familien können sich den Musikschulunterricht für ihre Kinder künftig also nicht mehr leisten. Die Lektionenzahl für die Fächer Deutsch, Mathematik und Informatik wird steigen. Daran ist an sich nichts auszusetzen. Es widerstrebt uns aber, dass nur Fächer, die die Kinder wettbewerbsfähiger machen sollen, gestärkt werden. Der Kanton muss einsehen, dass es in der Bildung nicht wichtige und weniger wichtige Fächer gibt. Für eine gesunde Entfaltung der Kinder ist die musische und kreative Entfaltungsmöglichkeit von grosser Bedeutung. Es soll möglich sein, eine Ausbildung zu absolvieren, die den eigenen Interessen entspricht. Die Entscheidung soll nicht durch ökonomische Sachzwänge diktiert werden.

Wir fordern:

- genügend personelle und finanzielle Ressourcen für die Bildung
- kostenlose Aus- und Weiterbildung und Stipendien zur Deckung des Lebensunterhalts
- die Ausweitung und die Verbesserung des Angebots an Unterrichtsfächern
- Reduktion der maximalen Klassengrösse
- eine Ausbildung, die auch den eigenen Interessen und Fähigkeiten der Schüler\*innen entspricht (Förderung von unterschiedlich begabten Kindern, Therapieangebote)
- Demokratische Mitsprache in der Bildung
- Gute Löhne für Lehrer\*innen

## **Gesundheitswesen**

Sparen beim physischen Wohlbefinden von Menschen ist eine der grausamsten Ausartungen der bürgerlichen Ordnung. Hier hat es die Politik besonders auf die Verletzlichsten der Gesellschaft abgesehen: Arme, Alte, Kranke. Die Folgen des Abbaus betreffen längst nicht nur die Patient\*innen, sondern auch das ganze Personal des Gesundheitswesens. Die wachsende Ausbeutung der Arbeitskräfte schafft selbst pflegebedürftige Menschen. Es werden Stellen gekürzt, während die Arbeitslast für das verbleibende Personal steigt. Kompensiert wird dies höchstens mit schlechter ausgebildetem Personal, während das (Weiter-)Bildungsangebot stagniert oder selbst unter dem Abbau leiden muss.

Medizinische Versorgung wird immer weniger als Recht und mehr als reine Dienstleistung betrachtet. Privatisierungen, Profit und Kosteneffizienz werden systematisch gegenüber Qualität priorisiert. Im Namen der Rationalisierung werden Patient\*innen am Fließband behandelt und verfrüht aus Spitälern entlassen, was Komplikationen und unnötige Kosten generiert. Auch ambulante Pflegestrukturen (z.B. Spitex-Verbände) werden unter vermeintlichen Kostendruck gestellt. So fehlen für Patient\*innen notwendige Angebote zu Hause, worunter Rehabilitation oder Palliativpflege speziell leiden und die überschüssige Arbeitslast stationäre Einrichtungen überflutet.

Besonders im Bereich der Altersversorgung wird klar, in welchem Ausmass Menschenleben und Gesundheit auf einen einfachen Warenwert reduziert werden. Altersheime befinden sich fast ausschliesslich in privaten Händen. Die Ersparnisse der Patient\*innen enden in der Tasche der privaten Organisationen und im Fall von wenig wohlhabenden Bewohner\*innen, kommt der Staat für den Profit der Heim-Besitzer\*innen auf! Trotz der horrenden Summen, die für Alterspflege ausgegeben werden, leiden die Löhne der Mitarbeiter\*innen, sowie die Qualität der Betreuung.

Prämienverbilligungen sind für viele Menschen ein wichtiges Mittel, die ohnehin steigenden Krankenkassenprämien bezahlen zu können. Die Berner Stimmbevölkerung hat sich im Februar 2016 klar gegen die Kürzung der Prämienverbilligungen ausgesprochen und hat damit ihre Wichtigkeit untermauert. Setzt der Kanton die angekündigten Abbaumassnahmen in diesem Bereich durch, so wird einmal mehr auf dem Buckel der untersten Einkommensschichten gespart

Wir fordern daher ein radikales Umdenken und eine Politik, die wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

- Sämtliche Privatisierungen von Institutionen oder pflegerischen Angeboten müssen umgehend gestoppt oder rückgängig gemacht werden.
- (Weiter-)bildungsangebote müssen massiv verbessert und erweitert werden
- Einhaltung sämtlicher Arbeitszeitregelungen und langfristig die sukzessive Reduktion der Arbeitszeit. Teilzeitstellen im Gesundheitsbereich müssen ausgeweitet werden.
- Die Altersversorgung muss verstaatlicht werden. Es werden Betreuungsaktivitäten für die Bedürfnisse von betagten Menschen geschaffen.
- Ambulante Pflege- und Behandlungsmöglichkeiten müssen massiv ausgeweitet werden, um stationäre Strukturen zu entlasten. Darunter fallen ebenfalls Spitex-Verbände.

## **Sozialwerke**

Alle Menschen haben das Recht auf ein Leben in Würde. In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, welches dies nicht garantieren kann, ist die Sozialhilfe das letzte Auffangnetz. Deshalb ist es essentiell, dass die Sozialhilfeleistungen so ausgestaltet werden, dass nicht nur das reine Überleben, sondern auch die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben gesichert sind.

Sozialhilfebeziehende sind ein beliebter Sündenbock für Politik, Medien und Stammtisch. Doch das oft gezeichnete Klischee von «faulen Schmarotzer\*innen» ist grundfalsch. Rund ein Viertel der Sozialhilfebeziehenden arbeiten für einen Lohn, der nicht zum Leben reicht. Ca. ein Drittel sind Kinder, oftmals von alleinerziehenden Eltern. Des Weiteren gibt es viele weitere wirtschaftliche, soziale, medizinische und persönliche Gründe, weshalb eine Person auf Sozialhilfe angewiesen ist. Der Wert eines Menschen darf nicht an dessen wirtschaftlichen Ausbeutungsfähigkeit gemessen werden.

In der Schweiz wird die Sozialhilfe grundsätzlich von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) geregelt, deren Richtlinien jedoch nicht verbindlich sind. Diese Richtlinien und somit auch die Würde der Sozialhilfebeziehenden greift der Kanton Bern nun aber frontal an: Er will den Grundbedarf um 10% kürzen und sieht weitere Massnahmen vor, die insbesondere gegen junge Menschen und Menschen ohne Schweizer Pass gerichtet sind. Der geplante Ausbau der Anreizzahlungen sind nichts weiteres als ein Vorwand für diese Kürzungen und gehen von der falschen Annahme aus, dass jemand, der\*die Arbeit sucht, diese auch findet. Das Vorhaben des Kantons Berns ist nicht nur für die Betroffenen, sondern für die ganze Schweiz fatal, denn sie setzt eine Abwärtsspirale in Gang, in welcher nicht die Armut, sondern die Armen bekämpft werden.

In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem wird es immer Arbeitslose geben. Dennoch müssen wir Menschen in Armut die Möglichkeit bieten, sich von der Abhängigkeit der Sozialhilfe zu befreien. Dazu braucht es kostenlose Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die betroffenen Personen.

Unsere Forderungen:

- Kein Unterschreiten der SKOS-Richtlinien
- Anhebung der definierten Armutsgrenze
- Sozialhilfeanspruch für Alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- kostenlose Bildungsmöglichkeiten für Sozialhilfebeziehenden

- Verteidigung und Erhöhung der Krankenkassenprämienverbilligungen

## **Steuern**

Unsere Forderungen sind nicht gratis zu haben, das ist uns klar. Das Geld für diese ist jedoch vorhanden - wir müssen es nur dort holen, wo es ist!

Ein Instrument dazu sind die Steuern. Da die Steuerbelastung für kleine und mittlere Einkommen im Kanton Bern im Vergleich bereits eher hoch sind, ist eine Erhöhung Möglichkeit. Bei höheren Einkommen ist dies jedoch gerechtfertigt und könnte dringend gebrauchte finanzielle Mittel freilegen.

Zudem fordern wir die Abschaffung aller Steuerabzüge bei gleichbleibender Endbelastung kleiner und mittlerer Einkommen. Von Steuerabzügen profitieren vor allem Vermögende und es werden Schlupflöcher geschaffen - diese können durch eine komplette Abschaffung einfach ausgemerzt werden.

Jedoch gibt es noch weitere Steuern als nur die Einkommenssteuer. So muss auch die Vermögenssteuer für hohe Vermögen erhöht werden. Zudem fordern wir, analog zur 99%-Initiative, auch im Kanton Bern, dass auf Kapitalerträge eine höhere Steuer berechnet wird.

Die Entscheide der Steuerabstimmungen von 2013 erachten wird zudem als grosse Fehler - wird fordern weiterhin, dass die Pauschalbesteuerung abgeschafft wird und die Motorfahrzeugsteuer erhöht wird.

Weiter fordern wir eine Einführung der Erbschaftssteuer auf hohe Beiträge auch bei direkten Verwandten.

Der Kanton Bern hat die USR III mit wuchtiger Mehrheit abgelehnt - trotzdem will der Regierungsrat nun gerade die Unternehmenssteuern senken. Mit diesem Vorgehen hintergeht die Regierung den Entscheid der Bevölkerung. Wir fordern eine höhere Besteuerung der Unternehmensgewinne. Uns ist jedoch klar, dass dies nur zusammen mit einer Abkehr vom nationalen Steuerwettbewerb möglich ist.